

Swisttal - AKTUELL

Sonderdruck
75 Jahre Grundgesetz



Am 1. September 1948 wird der Parlamentarische Rat im Bonner Museum König eröffnet. Der Rat sollte eine vorläufige Verfassung für den von den Westalliierten kontrollierten Teil Deutschlands ausarbeiten.

Foto: Privat



Beitrag von
Prof. Dr.
Norbert Lammert,
Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-
Stiftung, Präsident
des Deutschen
Bundestages a. D.,
für einen Sonderdruck
zum Grundgesetz
des CDU Gemeinde-
verbandes Swisttal



Foto: Deutscher Bundestag / Inga Haar

Prof. Dr. Norbert Lammert, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Präsident des Deutschen Bundestages a. D

Liebe Swisttalerinnen, liebe Swisttaler,

wenn wir in diesem Jahr das 75. Jubiläum des Grundgesetzes und damit der Bundesrepublik Deutschland begehen, müssen wir uns bewusst machen, dass es der zweite Anlauf ist, Demokratie in Deutschland zu etablieren, nachdem der erste Versuch dramatisch gescheitert war und in der Katastrophe endete. 75 Jahre sind in historischen Maßstäben ein scheinbar kurzer Abschnitt. Aber mit Blick auf die Lebenserwartung der politischen Systeme, die es in der Geschichte des deutschen Nationalstaates überhaupt gegeben hat, wird die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr älter als die drei vorherigen politischen Systeme zusammen: das Deutsche Kaiserreich von 1871, das bis zum Ende des Ersten Weltkrieges existierte, die

Weimarer Republik als erste deutsche Demokratie, die nach weniger als 14 Jahren endete, und das berüchtigte Tausendjährige Reich, das Gott sei Dank nach zwölf Jahren ein Ende fand. Im Vergleich dazu sind 75 Jahre eine erstaunliche Epoche – aber eben auch nur eine Epoche. Eine der wesentlichen Lektionen der Weltgeschichte, die wir offensichtlich noch immer nicht richtig begriffen haben, lautet: Politische Systeme sind sterblich. Das ist ermutigend mit Blick auf autoritäre Systeme, die auch nicht unter Denkmalschutz stehen. Doch uns ist kaum bewusst, dass das auch für demokratische Systeme gilt – obwohl es niemand besser wissen müsste als wir Deutsche, denn die Weimarer Republik ist nicht einmal volljährig geworden.

Dass der erste demokratische Anlauf in Deutschland gescheitert ist, hatte viele Ursachen. Am wenigsten aber lag es am Verfassungstext. Weimar ist nicht gescheitert, weil die Verfassung sicher auch Mängel hatte. Sie ist gleichwohl ein ebenso eindrucksvoller Text wie das Grundgesetz. Manches ist nicht nur ähnlich geregelt, sondern sogar ähnlich formuliert. Dennoch hat diese Verfassung nicht gereicht, um die Demokratie zu erhalten. Unter den vielen Gründen, die dazu beigetragen haben, ist nach Einschätzung vieler Historiker der wohl wichtigste Grund: Die Weimarer Demokratie hatte zu wenige Demokraten. Gelegentlich ist die Weimarer Demokratie sogar als „Demokratie ohne Demokraten“ beschrieben worden. Das ist gewiss übertrieben: Es gab engagierte Demokraten, von denen manche ihr Leben für die Demokratie gelassen haben. Aber es waren

ganz sicher zu wenige engagierte Demokraten, deren Rivalität untereinander noch ausgeprägter war als das Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung aller Demokraten für die Verfassung. Daran ist die erste deutsche Demokratie gescheitert! Früh zeigt sich darin ein Muster, das für die Gegenwart in einer spektakulären Weise typisch geworden ist: Demokratische Systeme stürzen heute nicht mehr durch Militärputsche oder Bürgerkriege und nur noch in wenigen Ausnahmefällen durch militärische Angriffe dritter Staaten. Das typische Muster lautet vielmehr: Demokratien scheitern durch Wahlen. Die Weimarer Republik ist gescheitert, weil immer mehr Wahlberechtigte ihre Stimmen demokratiefeindlichen Parteien gegeben haben, bis diese am Ende das frei gewählte Parlament dominiert und mit ihren Mehrheiten die Verfassung aus den Angeln gehoben haben.

Genau das macht einen oft übersehenen oder gar verdrängten Aspekt so zentral: Im Unterschied zu autoritären Systemen brauchen Demokratien bürgerschaftliches Engagement. Fehlt es, ist absehbar, dass Demokratien kollabieren. Dabei muss man sich zugleich immer im Klaren darüber sein, dass demokratische Systeme der Natur der Sache nach labiler sind als autoritäre Systeme, denn sie stellen, im Unterschied zu autoritären Systemen, ihren Gegnern die Mittel zur ihrer Beseitigung zur Verfügung. Paradoxerweise müssen sie das auch im Interesse der Ernsthaftigkeit ihrer eigenen Prinzipien, was wiederum voraussetzt, dass die Zulässigkeit auch demokratiefeindlicher Positionen von einer Mehr-

heit der Demokraten kompensiert wird – solange es sie gibt. Vor diesem Hintergrund meint die vermeintliche simple Feststellung, dass Demokratien mit dem Engagement von Demokraten stehen und fallen, genau das: Demokratien existieren, solange es Demokraten gibt, die sagen: Das ist unsere Demokratie! Das ist unsere Freiheit! Das ist unsere politische Ordnung! Und es ist unsere Verantwortung!



Prof. Dr. Norbert Lammert
Präsident des Deutschen Bundestages a. D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung



Foto: picture alliance / Associated Press | BAA

23. Mai 1949: Konrad Adenauer verkündet in der Aula der Pädagogischen Akademie in Bonn das Grundgesetz und erklärt, dass damit „die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten werde.“



Liebe Swisttalerinnen, liebe Swistaler,

unser Grundgesetz ist eine Erfolgsgeschichte. Es ist auch zum Exportschlager geworden, vor allem in Staaten mit einer Diktaturvergangenheit. Junge Demokratien, beispielsweise in Südamerika und Asien, haben sich stark am Grundgesetz orientiert.

Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichberechtigung, Religions- und Pressefreiheit: Diese Grundrechte garantiert der deutsche Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern. Mit seiner Stabilität und seinen Werten hat Deutschland in Europa erheblich dazu beigetragen, dass nach Hass, Feindschaft und Krieg echter Frieden möglich ist. Doch durch den brutalen Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine und durch extremistische Parteien in vielen europäischen Mitgliedstaaten werden die Grundwerte und -rechte nunmehr wieder stark bedroht. Anti-europäische Parteien gibt es auch in Deutschland. Dazu zählt die neugegründete Wagenknecht-Partei. Aber vor allem die AfD. Die AfD will den „Dexit“. Sie fabuliert über den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union. Kein anderes Land in der EU profitiert so

stark vom Binnenmarkt wie wir. 57 Prozent unserer Exporte gehen in andere Mitgliedstaaten. Allein dieses Beispiel zeigt, dass diese Partei keine echten Lösungen für die Probleme in unserem Land hat. Im Gegenteil: Die AfD ist eine ernsthafte Bedrohung für unseren Mittelstand, für unseren Industriestandort und unseren Wohlstand. Sie verfolgt eine rein destruktive Politik, die unserem Land und unserer Gesellschaft schadet. Sie ist eine Bedrohung für unsere Sicherheit, für unseren Wohlstand, für Deutschlands Zukunft. Denn Deutschland hat keine Zukunft ohne Europa. Die AfD will Europa von innen heraus zerstören. Und darum müssen wir alles dafür tun, dass diese Partei bei der Europawahl so wenig Stimmen wie möglich erhält.

Axel Voss
Europaabgeordneter

Liebe Swisttalerinnen, liebe Swisttaler,

75 Jahre Grundgesetz, 75 Jahre freiheitliche, demokratische Grundordnung in Deutschland und seit 1990 im wiedervereinigten Deutschland. Ein historisches Werk zu einem Werteverbund, das unser Land sicher durch Höhen und Tiefen navigiert hat. Ein Werk, das uns auch für die Zukunft und für ein starkes Europa erhalten bleiben muss.

Ihr

Bernd-O. Großmann-Lemaire